

## Putins Worte zum Ende der Sonderoperation in der Ukraine wurden völlig falsch verstanden

---

13 Mai 2026 20:50 Uhr

Nach Putins Worten zur möglichen Beendigung der militärischen Sonderoperation wetten viele auf einen schnellen Frieden in der Ukraine – doch die Realität spricht eine andere Sprache. Europa fährt seine Rüstungsproduktion hoch und plant langfristig mit Kiew als militärischem Vorposten gegen Russland.



© Grigori Sysojew

Putin auf der Pressekonferenz am 09.05.

*Von Kirill Strelnikow*

Bekanntlich gibt es für jedes komplexe Problem eine offensichtliche, einfache, verständliche und falsche Lösung.

Auf die gleiche Weise interpretierten zahlreiche westliche "Sofa-Analysten" die Worte des russischen Präsidenten Wladimir Putin, wonach sich die Lage in der Ukraine "dem Ende zuneige", als persönliche Garantie dafür, dass gleich morgen eine Friedensvereinbarung unterzeichnet werde – und beeilten sich, auf Polymarket Wetten zu platzieren: Dort gehen inzwischen 99 Prozent der Wetten davon aus, dass es noch vor Ende dieses Jahres zu einem Waffenstillstand kommen wird (im Juni 2025 lag dieser Wert noch bei einem Prozent).

Die Aufregung wurde zudem durch zwei weitere Ereignisse im Zusammenhang mit der Ukraine angeheizt. Erstens beantragte die ukrainische Antikorruptionsstaatsanwaltschaft nach den Durchsuchungen vor Gericht die Verhaftung des ehemaligen Leiters des Präsidentialamtes, Andrei Jermak, der nun offiziell im Verdacht steht, kriminell erworbenes Vermögen gewaschen zu haben – etwa über den Bau von Luxusimmobilien. Zweitens veröffentlichte der bekannte US-Journalist und Aktivist der "MAGA"-Bewegung Tucker Carlson fast zeitgleich ein Interview mit Selenskij's Ex-Pressesprecherin Julia Mendel, in dem sie verschiedene, für ihren ehemaligen Chef unangenehme Dinge ans Licht brachte, darunter das Thema Korruption.

Wie zu erwarten war, sahen sehr viele hinter all dem einen massiven Druck der USA: Washington werde Kiew nun geradezu in die Knie zwingen und zum Frieden drängen, damit anschließend alle hundert Jahre lang glücklich leben und Met trinken könnten.

Zu großem Bedauern werden die millionenschweren Wetten auf einen blitzschnellen Frieden in der Ukraine höchstwahrscheinlich nur die Verlage bereichern.

Viel wahrscheinlicher ist, dass die Anklage gegen Jermak nur ein "Einakter" für die europäischen Geldgeber ist, der demonstrieren soll: Das Antikorruptionssystem in der Ukraine sei "strong", und Selenskij habe so "saubere Hände" und eine so "reine Seele", dass er sich mit Tränen in den Augen sogar von seinem engsten Mitstreiter, Freund und Lieferanten von "Partyzubehör" distanziert habe. Ja, es tue weh, es sei bitter, aber das Gesetz stehe über allem! Fakt ist jedoch, dass konkrete Schritte zur Korruptionsbekämpfung von der EU-Kommission als eine der Hauptbedingungen für die Gewährung eines 90-Milliarden-Kredits festgelegt wurden – und plötzlich lief der Kampf gegen die Korruption in Kiew auf Hochtouren.

Was das angeblich "niederschmetternde" Interview Mendels mit Carlson angeht, so sagte sie darin absolut nichts Neues oder Konkretes. Und für Selenskij persönlich stellt dieses Interview keinerlei Bedrohung dar und wird ihn zu nichts zwingen – ganz gleich, wer dahintersteckt.

In Wirklichkeit ist Europa überhaupt nicht an Frieden interessiert und unternimmt gerade Schritte, die eindeutig zeigen: Kiew und die europäischen Hauptstädte stellen sich auf einen sehr langen Krieg ein.

Vielen ist der Besuch des deutschen Verteidigungsministers Boris Pistorius in Kiew aufgefallen, wo er den Beginn einer gemeinsamen Entwicklung und Produktion von Langstreckendrohnen ankündigte. Wie gestern bekannt wurde, nimmt der deutsche Rüstungsriese Rheinmetall gemeinsam mit dem ukrainischen Start-up Destinus die Produktion von Marschflugkörpern auf, die Ziele in einer Entfernung von über 700 Kilometern treffen können. Mit Hochdruck wird derzeit die Einrichtung Dutzender gemeinsamer Militärunternehmen mit der Ukraine auf dem gesamten EU-Gebiet vorangetrieben. Das heißt: Europa verwandelt sich in das offizielle tiefe Hinterland des Kiewer Regimes.

Die EU-Chefdiplomatin Kaja Kallas erklärte gestern, innerhalb der EU stehe nun die dringende Aufgabe an, zu klären, wie die Rüstungsproduktion drastisch gesteigert und beschleunigt werden könne. Bundeskanzler Friedrich Merz wiederum teilte seinen Bürgern mit, dass künftig "neue Prioritäten" gesetzt würden. Mit anderen Worten: keine bayerische Butter mehr, nur noch Kanonen.

Wer sich für ein Friedensabkommen einsetzt, schmiedet keine großangelegten Pläne für militärische Investitionen über fünf, zehn oder mehr Jahre. Die Kriegswirtschaft hat eine enorme Trägheit und mächtige Interessengruppen. Dementsprechend werden alle Pläne zur Militarisierung Europas weiterhin mit voller Kraft umgesetzt – und niemand hat vor, dies zu stoppen.

Doch das ist nicht einmal der entscheidende Punkt.

Es geht vielmehr darum, dass die Alte Welt die Streitkräfte der Ukraine als Kern ihrer eigenen künftigen europäischen Armee betrachtet – einer Armee, die dank der Erfahrungen aus dem Ukraine-Konflikt in der Lage ist, gegen Russland zu kämpfen, und dies auch will und kann.

Davon spricht ganz offen die offizielle Verteidigungsstrategie der EU "Bereitschaft 2030", die im März 2025 verabschiedet wurde. Dort steht es schwarz auf weiß: "Die Ukraine ist die vorderste Front der europäischen Sicherheit", weshalb eine "gemeinsame und vereinte Front" geschaffen werden müsse.

Davon sprach auch der EU-Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt, Andrius Kubilius, im April dieses Jahres: "Es ist für uns von entscheidender Bedeutung, in naher Zukunft eine vollständige Integration der ukrainischen Verteidigungskapazitäten in die europäischen zu gewährleisten."

Genau deshalb rief Selenskij im April vergangenen Jahres zur Schaffung einer ""europäischen Armee" auf und erklärte: "Entweder wird die Ukraine zu einem zentralen Bestandteil des europäischen Sicherheitssystems oder Europa läuft Gefahr, Teil der russischen Welt zu werden."

Und im Dezember 2025 veröffentlichten die EU-Staats- und Regierungschefs einen aus sechs Punkten bestehenden "Friedensplan" mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine, in dem eine der Bedingungen für ein potenzielles Friedensabkommen mit Russland darin besteht, selbst in Friedenszeiten eine voll bewaffnete ukrainische Armee mit mindestens 800.000 Mann zu gewährleisten (die gewissermaßen von "multinationalen Streitkräften" unter europäischer Führung befehligt werden sollten).

Mit anderen Worten: Europa investiert derzeit nicht in die Ukraine, sondern in sich selbst – in seine künftige vereinte antirussische Armee; daher kann keine Rede davon sein, dass Europa von diesen Plänen abrückt.

Aus russischer Sicht kann und wird diese Situation natürlich nicht lange andauern – und genau das sagte der russische Präsident.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 13. Mai 2026 zuerst bei RIA Nowosti erschienen.*

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*

